

## Ver.di-Beamte setzen Dialog mit CDU-Fraktionsvorstand in Hannover fort



(v.l. Heinz Lüneberg, Heike Döpke, Hans-Jürgen Weirich, MdL Hilbers, Bernward Beschorner, MdL Swantje Hartmann und MdL Wiese)  
wie es **Bernward Beschorner**, Braunschweig, beim Verlassen des Landtagsgebäudes als sehr positiv bilanzierte.

Als ein Ergebnis des Besuchs einer ver.di-Delegation im März diesen Jahres wurde verabredet, vor der Haushaltsklausur der CDU-Fraktion den strittig gebliebenen Punkt

### - Sonderzahlung / Weihnachtsgeld noch 2009

erneut zu erörtern. Hinzugekommen waren dann noch die folgenden Themen

- **Versorgungsrücklage**
- **Verhandeln statt Verordnen**
- **Personalausstattung in der Justiz / Anwärterbezüge**

die Gegenstand des zweiten Gespräches am 29. Oktober 2009 waren. Dass das Gespräch von beiden Seiten sehr ernst genommen wird, hat die Tatsache gezeigt, dass gleich vier Mitglieder der CDU-Landtags-Fraktion, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine Referentin für Haushalt und Finanzen an diesem Gespräch teilnahmen, die Gegenstand des zweiten Gespräches am 29. Oktober 2009 waren. Dass das Gespräch von beiden Seiten sehr ernst genommen wird, hat die Tatsache gezeigt, dass gleich vier Mitglieder der CDU-Landtags-Fraktion, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine Referentin für Haushalt und Finanzen an diesem Gespräch teilnahmen,

Zum Thema **Sonderzahlung** forderte **Heike Döpke**, Hannover, wenigstens ein ‚Signal‘ und den Wiedereinstieg in die Sonderzahlung. Sie wies darauf hin, dass viele Beamtinnen und Beamte im „Mittleren Dienst“ beschäftigt sind, wo sie -wie die Feuerwehrleute- einen hervorragenden Dienst für die Allgemeinheit leisten, dafür aber seit Jahren nicht angemessen entlohnt werden. **Heinz Lüneberg** aus Syke erinnerte daran, dass in den Kreis- und Rathäusern, aber auch beim Finanzamt eine Zahlung des Weihnachtsgeldes unter sozialen Gesichtspunkten erwartet wird. Da könne die finanzielle Krise in vielen Familien nicht länger übersehen werden. **Bernward Beschorner** forderte, wenigstens mit einem ersten Schritt den Wiedereinstieg in die Sonderzahlung vorzunehmen, was auch zu einer Verstärkung der Binnennachfrage führen würde. **MdL Hilbers** stellte hierzu heraus, dass die Streichung der Sonderzahlung für den Landtag eine der schwierigsten Entscheidungen war, allerdings die finanziellen Spielräume einfach nicht vorhanden seien. Die Lage sei jetzt noch schwieriger als beim Treffen im März.

Gestützt auf zwei einstimmige Entscheidungen der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) vom 12.11.2008 und 21.04.2009 zum Thema Koalitions- und Streikrecht für Beamte haben die Vertreter von ver.di erneut das Thema „**Verhandeln statt Verordnen**“ in die Diskussion gebracht. In den Urteilen hat der EGMR, wenn auch überfällig, aber dennoch spektakulär, das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Streikrecht für Beamte als durch den Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention unmittelbar geschütztes Menschenrecht qualifiziert. **Heinz Lüneberg** überreichte hierzu 14 Seiten Informationsmaterial an **MdL André Wiese** für den Innenausschuss, damit in Niedersachsen bald ernsthaft über die Umsetzung von Verhandlungsrechten gesprochen werden kann.

**Hans-Jürgen Weirich**, Lüneburg, plädierte für einige Stellen zusätzlich für den Justizvollzug. Er meinte: „*Wenn die Sozialtherapie in einem Stufenmodell ausgebaut wird, können erhebliche Summen eingespart werden*“. Und: „*Sie sparen am verkehrten Ende*“, hielt er **MdL Swantje Hartmann**, Delmenhorst, vor, die in dem Ausschuss für Recht und Verfassung mitarbeitet. Schließlich wurden von ihm auch die Anwärterbezüge angesprochen, die für sogenannte Seiteneinsteiger mit Berufsausbildung keinen Anreiz darstellen, eine Ausbildung bei der Feuerwehr, in der Lebensmittelkontrolle, bei Gesundheitsaufsehern und bei der Justiz zu beginnen. „*Wir finden keine Leute mehr, die in den öffentlichen Dienst wollen*.“

Bei einem Thema verpasste die ver.di-Delegation allerdings die Beratungen der CDU-Fraktion. Der Nds. Landtag hatte mit Mehrheit der CDU/FDP-Fraktionen einen Tag zuvor per Gesetz einen vorzeitigen Zugriff auf das Sondervermögen der Niedersächsischen **Versorgungsrücklage** beschlossen. Dies wurde von den **ver.di-Vertretern** als Vertrauensbruch heftig kritisiert, obwohl **CDU-Fraktionsvorstand Hilbers** zusicherte, das keine Beamtin und kein Beamter sich Sorgen um seine Versorgung zu machen brauche.

Einigkeit auf beiden Seiten: „*Im Frühjahr 2010 wird der Dialog fortgesetzt*.“ **MdL Hilbers** dazu: „*Solche Gespräche sind für mich ganz wichtig. Ich nehme die Anregungen mit in die Haushaltsklausur am 5./6. November, kann Ihnen aber nichts versprechen*“.

Freundliche Grüße  
**Heinz Lüneberg**  
Mitglied des Landesbeamtenausschusses

Rückfragen über E-Mail an: [arno.dick@verdi.de](mailto:arno.dick@verdi.de)

**Impressum:** ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen - Landesbezirksbeamtensekretariat - Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen.  
V.i.S.d.P: Arno Dick, Redaktion: Heinz Lüneberg, ehrenamtlicher Redakteur - Der Versand erfolgt nur über E-Mail-Verteiler.